

## Gelebte Kooperation am nördlichen Rhein

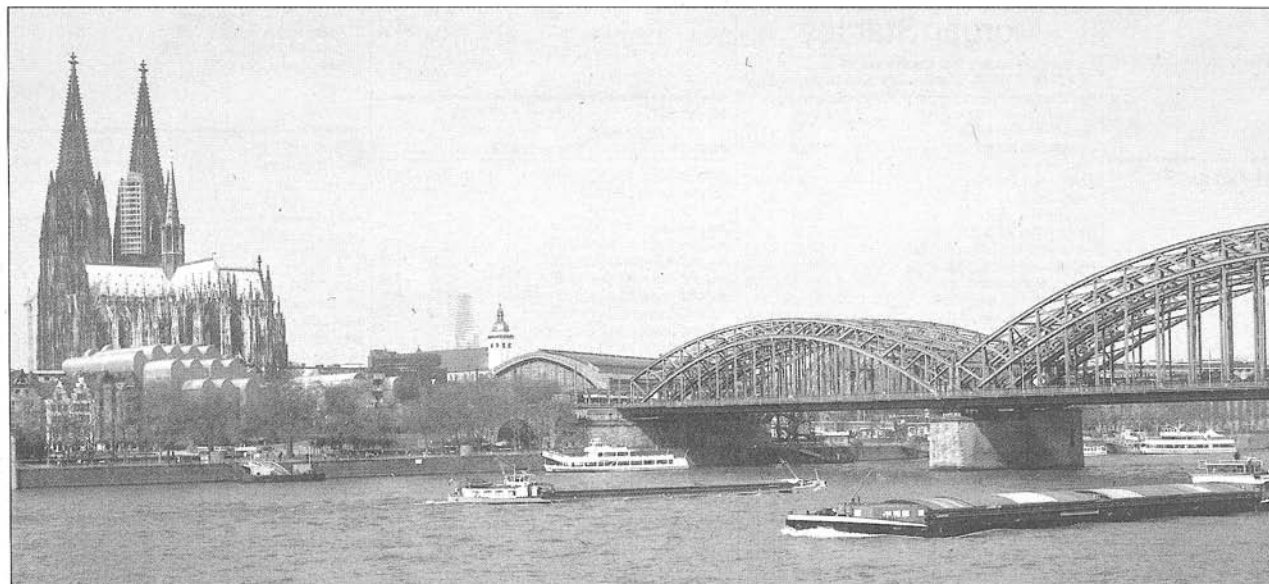
### Vereinbarung der Benelux-Länder und Nordrhein-Westfalens

Nordrhein-Westfalen und die Benelux-Länder haben sich in einer gemeinsamen Erklärung zu einer engeren Zusammenarbeit verpflichtet. Zum ersten Mal ist es damit zu einer vertragsähnlichen Vereinbarung zwischen einem deutschen Bundesland und EU-Staaten gekommen.

**Ko. Bonn, 11. Dezember**

Das deutsche Bundesland

Nordrhein-Westfalen ist Anfang Woche seinem seit langem verfolgten Ziel der Vertiefung der Zusammenarbeit mit den benachbarten Benelux-Staaten einen Schritt näher gekommen. Anlässlich der Verleihung des nordrhein-westfälischen Staatspreises an die Regierungschefs Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande, Yves Leterme, Jean-Claude Juncker und Jan Peter Balkenende, unterzeichneten der Düsseldorfer Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und die Premierminister der drei Benelux-Länder auf dem Petersberg bei Bonn eine politische Erklärung, in der sie sich verpflichten, die Möglich-



Nordrhein-Westfalen (auf dem Bild Köln mit dem Rhein) hofft, durch direkte Vereinbarungen mit den Benelux-Staaten die gegenseitigen Beziehungen, vor allem im Wirtschaftsbereich, noch enger gestalten zu können.

keiten des neuen Benelux-Vertrages zu nutzen. Das neue Vertragswerk enthält nämlich eine Öffnungsklausel, die es der Benelux-Union gestattet, in ihre Kooperation auch «angrenzende Staaten, Gliedstaaten und Regionen» einzubeziehen. Nordrhein-Westfalen soll nach dem erklärten Willen der Unterzeichner das erste Bundesland Deutschlands sein, das von der Neuregelung profitiert.

Die bürgerliche Landesregierung Nordrhein-Westfalens hatte unmittelbar nach ihrem Amtsantritt vor über drei Jahren den Kontakt zu den Verantwortlichen in Den Haag, Brüssel und Luxemburg aufgenommen. Erleichtert wurde ihr dies offenbar durch den Umstand, dass hier wie dort Christlichdemokraten an der Spitze stehen. Die Regierung in Düsseldorf machte sich zudem zunutze, dass der 1944 noch im Londoner Exil konzipierte Benelux-Vertrag 2010 ausläuft. In Düsseldorf verspricht man sich von der Neuregelung vielfältige Vorteile. Zwar gibt es längs der deutsch-niederländischen Grenze und im Aachener Dreiländereck schon eine Vielzahl kommunaler Kooperationen. Doch diese sind an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gestossen.

Die gemeinsame Einrichtung von Spitälern oder Bildungseinrichtungen im Grenzgebiet überfordert die Gemeinden. «Wir wollen eine enge Zusammenarbeit, die auf die ganz praktischen Bedürfnisse der Menschen im Alltag zielt», sagt Rüttgers. Erleichterungen für Grenzpendler lassen sich jedoch nicht zwischen Kommunen verabreden. Dazu bedarf es der Mitwirkung staatlicher Stellen. Dies gilt erst recht für die Bekämp-

fung der Kriminalität über die Grenzen hinweg, für die Raumplanung und für den Umweltschutz, für die Tiererkrankungsbekämpfung und die Nahrungsmittelsicherheit. Die Benelux-Länder und Nordrhein-Westfalen sind die grosse Drehscheibe im Nord-Süd- wie im Ost-West-Verkehr. Dafür sorgen schon die Nordseehäfen Rotterdam und Antwerpen. Wer aber diese Länder mit einem Gefahrguttransport durchqueren will, benötigt zurzeit noch für jedes Land ein Zertifikat. Dies beispielsweise will man ändern.

Die Fakten sprechen ohnehin für das neue Projekt. 45 Millionen Einwohner zählt die Region, die sich jetzt enger zusammenschliessen will. Die Warenströme zwischen der Benelux-Union und Nordrhein-Westfalen übertreffen seit langem schon den Austausch mit den benachbarten Bundesländern Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz. Besonders intensiv ist – schon mit Rücksicht auf die lange gemeinsame Grenze – die Zusammenarbeit mit den Niederlanden. Niederländische Unternehmen sind an Rhein und Ruhr ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie beschäftigen über 40 000 Arbeitnehmer. In Düsseldorf hat man zudem aufmerksam registriert, dass der neue Benelux-Vertrag die Mitgliedsländer zur gemeinsamen Vertretung ihrer Interessen in Brüssel verpflichtet. Dies böte künftig auch Nordrhein-Westfalen eine zusätzliche Möglichkeit, auf Brüsseler Entscheidungen Einfluss zu nehmen. In Berlin ist noch kein Veto laut geworden. Luxemburgs Premierminister Juncker vertritt ohnehin die These, dass die Zukunft nicht den Nationalstaaten, sondern den Regionen in Europa gehört.